D. Ministerium der Finanzen

Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock nach § 17 des Finanzausgleichsgesetzes

RdErl. des MF vom 21. 3. 2018 – 27.10611

Bezug:
RdErl. des MF vom 8. 5. 2015 (MBI LSA S. 280)

1. Rechtsgrundlagen, Zweck und Form der Zuweisungen, allgemeine Grundsätze

1.1 Rechtsgrundlagen

Kommunen können auf der Grundlage des § 17 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. 3. 2017 (GVBl. LSA S. 60, 61) in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Leistungen aus dem Ausgleichsstock gewählt werden.

1.2 Zweck und Form der Zuweisungen.

Die Leistungen können gewählt werden

a) zur Milderung oder zum Ausgleich von Notlagen im Haushalt (§ 17 Abs. 1 Satz 2 2. Alt. FAG, vergleiche Nummer 2.1),

b) zur Milderung oder zum Ausgleich von außergewöhnlichen Belastungen (§ 17 Abs. 1 Satz 2 1. Alt. FAG, vergleiche Nummer 2.2),

c) zur Vermeidung besonderer Härten bei der Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes (§ 17 Abs. 1 Satz 4 FAG, vergleiche Nummer 2.3).
Die Zuweisungen können gewährt werden in der Form von
a) Bedarfszuweisungen (nicht rückzahlbare Zuweisungen, vergleiche Nummer 3.1),
b) Liquiditätshilfen (zinslose Darlehen) im Vorgriff auf die künftige Gewährung einer Bedarfszuweisung (vergleiche Nummer 3.2.2),
c) kurzfristigen Liquiditätshilfen (zinslose Darlehen, vergleiche Nummer 3.2.3).

1.3 Allgemeine Grundsätze für die Gewährung von Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock

1.3.1 Kein Rechtsanspruch


1.3.2 Maßgeblichkeit allgemeiner Grundsätze des Finanzausgleichs


Eine Bewilligung von Mitteln aus dem Ausgleichsstock scheint aus, wenn dies zu Fehlereinzelheiten für eine übermäßige Ausgabenpolitik der Kommune führen würde.

1.3.3 Zusätzliche Mittel nur bei überdurchschnittlichen Konsolidierungsanstrengungen

Mindestvoraussetzung für die Gewährung von Mitteln aus dem Ausgleichsstock ist grundsätzlich die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmung der kommunalen Haushaltsplanung (§ 126 bis § 142 des Kommunalverfassungsgesetzes, KVG LSA, vom 17. 6. 2014, GVBl. LSA S. 288), insbesondere die Wahrung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparbereitschaft der Haushaltsführung (§ 98 Abs. 2 KVG LSA). Für die Beantragung zusätzlicher Mittel, die über die allgemeine gesetzlich gewährleistete angemessene Finanzausstattung hinausgehen, sind Anstrengungen zu erarbeiten, die über das allgemein übliche Maß hinausgehen (VG Magdeburg, Urt. vom 17. 2. 2016 – 9 A 430/14 MD –, KNSA 2016 S. 78, 81). Reichen die kommunalen Finanzmitteln nicht aus, um eine angemessene Aufgabenberücksichtigung sicherzustellen, sind zunächst die Gemeinden in der Pflicht, ihre Aufgabe auszuführen, und die Kommunalverwaltung. Die Kommunalverwaltung, die einen Teil der Finanzierung aus dem kommunalen Finanzausgleichsstock erhält, ist verpflichtet, die Voraussetzungen für die Gewährung von Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock zu erfüllen.

1.3.4 Nachrangigkeit und Rechtsnatur der Mittel aus dem Ausgleichsstock

dungen im Sinne der §§ 23 und 44 der Landeshaushalts-
ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO) vom 30. 4.
1991 (GVBl. LSA S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 1
des Gesetzes vom 22. 3. 2017 (GVBl. LSA S. 55).

2. Voraussetzungen für die Gewährung einer Zuweis-
sung

2.1 Milderung oder Ausgleich von Notlagen im Haushalt
(§ 17 Abs. 1 Satz 2 Z. 1 FAG – erste Fallgruppe)

Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 Z. 1 FAG werden aus dem
Ausgleichsstock Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen
zur Milderung oder zum Ausgleich von Notlagen im Haushalt
erbracht. Eine die Gewährung von Leistungen aus
dem Ausgleichsstock begründende haushaltsrechtliche
Notlage im Sinne von § 17 Abs. 1 FAG liegt nur dann vor,
wenn diese auf der aktuell objektiven Unmöglichkeit
oder einem subjektiv nicht zumutbaren Verhalten der Kom-
mune beruht, den derzeitigen Zahlungsverpflichtungen
nachzukommen; ansonsten verfehlt auch die Zahlung ihre
gesetzliche Zweckbestimmung. Die Notwendigkeit und die
Höhe einer Zuweisung lässt sich nur anhand der Betrach-
 tung der Gesamtsituation des kommunalen Haushalts be-
teilen (VG Magdeburg, Urteil vom 17. 2. 2016 – 9 A 430/14
MD, veröffentlicht in KNSA 2016, S. 78, 81). Soweit vor-
handen sind auch Ausgliederungen der Kommune (z. B.
Eigenbetriebe) sowie Beteiligungen (z. B. Zweckverbände,
GmbHs) in die Betrachtung einzubeziehen.

§ 17 Abs. 1 Satz 3 FAG definiert als Regelbeispiel einer
Haushaltsnotlage den Fall, dass die Einnahmenmöglich-
keiten von Kommunen zur Erfüllung ihrer unabwählbaren
Ausgabenverpflichtungen nicht ausreichen (vergleiche Num-
mer 2.1.1.2). Aus § 17 Abs. 2 Satz 2 FAG folgt, dass eine
Haushaltsnotlage auch in dem Fall angenommen werden
cann, dass Haushaltsfehlbeträge nicht abgedeckt werden
cönnen (vergleiche Nummer 2.1.1).

Bei Anträgen wegen einer Notlage im Haushalt sind vom
Antragsteller folgende Unterlagen vorzulegen:
a) eine Ursachenanalyse über das Zustandekommen der
Defizite (vergleiche Nummer 2.1.1.1.3),
b) eine Übersicht über die bereits eingeleiteten Konsolidie-
rungsmaßnahmen,
c) ein von der Kommunalaufsicht geprüftes und unbean-
standetes Haushaltskonsolidierungskonzept einschließ-
lich der Darstellung der Verschuldung und der Nutzung
von STARK II (vergleiche Nummer 2.1.1.1.5),
d) der aktuelle Haushaltsplan gemäß § 1 der Kommunal-
haushaltsverordnung (KomHVO) vom 16. 12. 2015 (GVBl.
LSA S. 636), geändert durch Verordnung vom 12. 12.
2016 (GVBl. LSA S. 380), einschließlich aller Anlagen
und gegebenenfalls der Kommunalaufsichtlichen Ver-
fügung,
e) die Eröffnungsbilanz,
f) die geprüften Jahresabschlüsse gemäß § 118 KVG LSA
(vergleiche Nummer 2.1.1.1.1),
g) die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung (§ 8
KomHVO) sowie bei unaussichtsgemäßem Ergebnishaushalt
für die darüber hinausgehenden fünf Jahre des
Konsolidierungszeitraumes,
h) die Stellungnahme der Kommunalaufsicht (vergleiche
Nummer 4.3).

2.1.1 Haushaltsnotlage aufgrund der fehlenden Möglich-
keit, Haushaltsfehlbeträge abzudecken (erste Fall-
gruppe, erste Untergruppe)

2.1.1.1 Voraussetzungen

2.1.1.1.1 Fehlbetragsausgleich war nicht möglich

Eine Kommune, die einen Antrag auf Ausgleich von
Haushaltsfehlbeträgen stellt, hat nachzuweisen, dass sie
alles ihr Zumutbare getan hat, um die Fehlbeträge aus
eigener Kraft abzudecken und so schnell wie möglich zu
einer geordneten Haushaltswirtschaft mit einem ausgeglichenen
Haushalt in allen Teilhaushalten zurückzukehren. Sie hat diesen Nachweis anhand der geprüften Jahresabschlüsse gemäß § 118 KVG LSA zu erbringen, und zwar des Jahres, in dem der Jahresfehlbetrag entstanden ist, sowie der zwei Folgejahre.

2.1.1.1.2 Übergangsregelung für die Umstellung auf das
doppische Haushaltssystem

Aufgrund der Umstellung der kameralen Haushaltswirt-
schaft auf das doppische Haushaltssystem spätestens zum
1. 1. 2013, mit Ausnahmegenehmigung des Ministeriums
für Inneres und Sport auch bis zum 1. 1. 2014, können der Bemessung der Bedarfszuweisungen übergangsweise kamerale Altftefbeträge zu Grunde gelegt werden.

Liegen für mindestens ein Jahr des dreijährigen Betrach-
tungszeitraums ein kameraler Abschluss und für mindes-
tens ein Jahr ein doppicher Abschluss vor, ist für das Jahr
mit doppischem Abschluss nicht auf den Jahresfehlbetrag,
sondern auf den (doppischen) negativen Saldo der Finanz-
rechnung aus laufender Verwaltungsstätigkeit zuzüglich
der ordentlichen Tilgung abzustellen. In diesem Fall kann
auf die Vorlage der geprüften Jahresabschlüsse gemäß
§ 118 KVG LSA (siehe Nummer 2.1.3 Abs. 3 Buchst. g sowie
Nummer 2.1.1.1.1) verzichtet und stattdessen die Vorlage
der Finanzrechnung verlangt werden. Sie kann für die Be-
rechnung des auszugleichenden Betrages herangezogen
werden, wenn keine Bedenken gegen ihre Richtigkeit be-
stehen.

Hat eine Kommune auch schon im ersten Jahr des Drei-
jahreszeitraums doppisch gebucht, verfügt aber noch nicht
über eine geprüfte Eröffnungsbilanz, gilt bis Ende 2019 die
folgende Übergangsregel: Auf Antrag der Kommune wird
dauch für das erste Jahr des Drei- oder vier Jahre des Drei-
jahreszeitraums anstelle des Jahresfehlbetrages auf den (doppischen) negativen Saldo der Finanzrechnung aus laufender Verwaltungs-
tätigkeit zuzüglich der ordentlichen Tilgung abgestellt.
Ergibt sich später nach Vorliegen der geprüften Eröff-
nungsbilanz und des geprüften doppischen Jahresab-
chlusses, dass der Ausgleichsbetrag höher oder niedriger
wäre, erfolgt keine Änderung des Bewertungsbetrages.

2.1.1.1.3 Darlegungen der Ursachen der Haushaltsfehlbeträge im Antrag

Es sollen zunächst die Ausgangssituation sowie die
Ursachen für die schlechte Haushaltslage der Kommune
dargelegt werden. Die von der Kommune zu erfüllenden
Aufgaben einschließlich des hiermit verbundenen Aufwandes sind zu benennen und darzulegen, ob und inwieweit die Aufgabenerfüllung in der bisher praktizierten Art und Weise notwendig ist. Im Rahmen der Ursachenanalyse ist ebenfalls auf Ausgliederungen der Kommune (z. B. Eigenbetriebe) sowie Beteiligungen (z. B. Zweckverbände, GmbHs) sowie deren haushaltswirtschaftliche Relevanz einzugehen.

2.1.1.1.4 Haushaltskonsolidierungskonzept, Erreichen des Haushaltsausgleichs im Konsolidierungszeitraum

Dem Antrag ist gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 FAG ein von der Vertretungskörperschaft beschlossenes Haushaltskonsolidierungskonzept beizufügen. § 17 Abs. 2 Satz 2 FAG begründet somit für die Kommunen, die Leistungen aus dem Ausgleichsstock zum Ausgleich von Haushaltsfehlbeträgen beantragen, die Voraussetzung der Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes auch in den Fällen, in denen gemäß § 100 Abs. 3 KVG LSA die Aufstellung nicht erforderlich sein sollte. Daneben findet die Forderung nach einem Haushaltskonsolidierungskonzept ihre Grundlage auch in § 17 Abs. 3 Satz 2 FAG.

Das Konsolidierungskonzept muss der Kommunalauf- sicht zur Prüfung vorgelegt haben und nicht beanstandet worden sein. Da zusätzliche Leistungen des Landes beantragt werden, ist es jedoch grundsätzlich nicht ausreichend, dass lediglich die allgemeinen kommunalhaushaltswirtschaftlichen gesetzlichen Mindestanforderungen an ein Haushaltskonsolidierungskonzept erfüllt sind (vergleiche Nummer 1.3.4).


2.1.1.1.4.1 Ermessensausübung bei der Bewertung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes


2.1.1.1.4.2 Einzahlungs- und Ertragsverbesserungen

Die antragstellende Kommune hat folgende Maßnahmen zur Einzahlungs- und Ertragsverbesserung zu ergreifen:

a) Für die Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer sind Hebesätze mindestens in der Höhe zu erheben, die sich aus der als Anlage 1 beigefügten Übersicht für die jeweilige Gemeindegrößenklasse ergeben.

b) Bei leitungsgebundenen Einrichtungen der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Abfallent- sorgung muss der höchste gesetzlich zulässige Kostendeckungsgrad erreicht werden.

c) Beim Bestattungswesen müssen die Gebühren kosten deckend kalkuliert werden unter Herausrechnung der allgemeinen Erholungsf lächen.


e) Für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen im freiwilligen Bereich der Kommune sollen möglichst kostendeckende Gebühren und Entgelte im rechtlich zulässigen Rahmen erhoben werden.

f) Gesetzlich zulässige Gebührentatbestände (z. B. Parkgebühren, Straßenreinigungsgebühren, Sondernutzungs- gebühren) sind einzuführen, soweit nicht ihre Unwirts- schaftlichkeit belegt werden kann, und bestehende auszuweiten.

g) Örtliche Steuern (z. B. Hundesteuer, Vergrünungssteuer, zweckverbundene) sind einzuführen, soweit nicht ihre Unwirtschaftlichkeit belegt werden kann, und bestehende zu erhöhen.

h) Für Veranstaltungen der Kommune sind die Eintrittspreise zu erhöhen, soweit diese nicht kostendeckend sind.
Von den Maßnahmen nach Absatz 1 Buchst. f bis h kann abgesehen werden, wenn belegt werden kann, dass dies zu zusätzlichen Auszahlungen für die Verwaltung führen würde, die die zusätzlichen Einzahlungen übersteigen.

2.1.1.1.4.3 Auszahlungs- und Aufwandsreduzierungen

Die systematische Überprüfung und Reduzierung des laufenden Aufwandes ist maßgeblich für den Erfolg einer Haushaltskonsolidierung. Daher hat die Kommune ihre Aufgabenwahrnehmung kontinuierlich kritisch zu überprüfen. Die Kommune hat in diesem Zusammenhang darzustellen, ob sich nicht durch kommunale Gemein schaftsarbeit einzelne Aufgaben wirtschaftlicher wahrnehmen lassen und sich dadurch der Bedarf reduzieren lässt. Folgende Positionen sind zu überprüfen:

a) Persönalaufwand


Die in Eigenbetrieben oder unmittelbaren Beteiligungen (bei Stimmrechten mit mehr als 60 v. H.) gebundenen Personalkosten sind unter Bezeichnung der jeweiligen Ausgliederungseinheit ebenfalls darzustellen und in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen.

Lässt sich eine Personaleinsparung wegen bestehender rechtlicher Verpflichtungen nicht sofort umsetzen, ist die Ausbringung eines kw-Vermerks nachzuweisen.

b) Schuldendienst


c) Umlagen

Soweit die Kommune auf die Höhe der Umlage Einfluss nehmen kann (als Mitglied eines Zweckverbands), hat sie im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten alles zu unternehmen, um mögliche Umlagezahlungen zu vermeiden oder zu reduzieren.

d) Freiwillige Leistungen


e) Pflichtaufgaben


f) Investitionen

Zur Konsolidierung des Haushaltes sind Investitionen im pflichtigen eigenen Wirkungskreis zu vermeiden, soweit
2.1.1.4.4 Sonstige Sorgfaltspflichten

Die Kommune hat den nachfolgend aufgeführten sonsti
gigen Sorgfaltspflichten Rechnung zu tragen. In begründet
enen Einzelfällen sind Ausnahmen zulässig.

a) Erträge

Die Kommune hat darauf zu achten, dass eigenes Betei
ligungsvermögen einen Ertrag für den Haushalt erwirt
schafft und sie somit Erträge aus Beteiligungen erzielt,
soweit § 128 KVG LSA dem nicht entgegensteht.

b) Immobilien

Immobilen, die für Zwecke der Kommune oder für die
Erfüllung von der Verbandsgemeinde obliegenden
Aufgaben nicht zwingend benötigt werden, sollen so
bald als möglich veräußert werden. Zu den unbauten
Grundstücken sowie den bebauten Grundstücken, die
nicht offenbar für laufende Verwaltungsverwaltung genutzt
werden (z. B. Sitz der Kommunalverwaltung, Schul- und
Kindergartengrundstücke) ist jeweils ein Auflösung aus
er Eröffnungsbilanz vorzulegen und detailliert zur Ver
äußerbarkeit Stellung zu nehmen. Auch vermietete
und verpachtete Grundstücke sollen in der Regel zum Kauf
angeboten werden, entsprechende Verkaufsverhandlun
en (z. B. Inserate, Anzeige auf der Internetseite der
Gemeinde) sind nachzuweisen. Kommt ausnahmsweise
veräußert werden, ist die Erhöhung der verlangten Entgelte zu prüfen. Bei kommunalen Wohn
nungsbaunet- und ist eine Kostendeckung anzu
stroben, dazu ist insbesondere Sponsoring zu unterlas
sen. Gegebenenfalls sind nicht vermietete Wohnungen
durch Umfang der Bestellung von Wohnraum durch kommunale
Gesellschaften sozialpolitisch unerlässlich.

2.1.1.5 Zusätzliches Liquiditätsverbesserungskonzept

Ergänzend zu dem gemäß § 100 Abs. 3 Sätze 4 bis 6
KVG LSA oder § 17 Abs. 2 Satz 2 FAG aufzustellenden
Haushaltskonsolidierungskonzept hat die Kommune eine
Planung vorzulegen, die sich ausschließlich auf liquiditä
täswürdige Maßnahmen zur Verbesserung des Finanzhaus
haltes bezieht.

2.1.1.6 Nachholung des Haushaltskonsolidierungskonzepts und des Liquiditätsverbesserungskonzepts in Eilfällen

Lieg kon noch kein von der Kommunalaufsicht geprüftes
und unbeanstandetes Haushaltskonsolidierungskonzept vor
oder keine Planung, sich ausschließlich auf liquiditä
täswürdige Maßnahmen zur Verbesserung des Finanzhaus
haltes bezieht, kann die Bewilligung in eilig Fällen unter
einer entsprechenden aufschiebenden Bedingung erfolgen. Bei unmittelbar drohender Zahlungsunfähigkeit
kann in Einzelfällen auch eine außerordentliche Bedingung vorge
sehen, dass die Kommune nach Auszahlung der
Bewilligung trotzdem freigegeben und unbeanstandetes Haushaltskonsolidierungskonzept vorliegt.

2.1.1.7 Erhöhte Anforderungen bei wiederholten An
trägen

Mit der Gewährung von Bedarfszuweisungen wird ins
besondere das Ziel verfolgt, diejenigen Kommunen, die
aufgrund ihrer eigenen Konsolidierungsaufgaben
nunmehr einen Haushaltsausgleich aufzeigen können, von
finanziellen Hilfen aufzubauen. Erneute Anträge von
Kommunen auf den Ausgleich von Fehlbeträgen für einen
Zeitpunkt, den diejenigen schon einen Haushaltsausgleich
aufgezeigt worden war, begründen die Vermutung, dass
solche Antragsteller einer ihrer Verpflichtung zu einer wirtschaft
lichenen und sparsamen Haushaltsführung nicht nachgekomen
sind, sofern sich keine außerhalb des Einflussbereichs
Kommune liegenden Gründe für die Fehlbeträge auf
drängen. Wiederholte Anträge bedürfen daher stets einer
besonders kritischen Prüfung hinsichtlich der Ausschöp
fung des Konsolidierungspotentials und der Einhaltung der
Nebeneinzelheiten aus vorangegangenen Bewilligungs
bescheiden.

2.1.1.2 Rechtsfolgen

Liegen die vorgenannten Voraussetzungen vollständig
vor, kann eine Bedarfszuweisung von bis zu 90 v. H. des
in den beiden Folgejahren nicht ausgegebenen Jahres
fehlbetrages gewährt werden. Wurde innerhalb des drei
jährigen Betrachtungszeitraums noch nicht komplett dopp
isch gebucht, findet die Übergangsregelung der Num
mer 2.1.1.2 Anwendung. Bei der Bemessung der Höhe der Bedarfszuweisung kann der Zuschussbedarf der antragstellenden Kommune für die Erbringung freiwilliger Leistungen vollständig oder teilweise in Abzug gebracht werden.


2.1.2 Haushaltsnotlage, wenn die Einnahmemöglichkeiten zur Erfüllung der unabweisbaren Aufgaben nicht ausreichen (erste Fallgruppe, zweite Untergruppe)

2.1.2.1 Voraussetzungen

Als Regelbeispiel der Haushaltsnotlage definiert § 17 Abs. 1 Satz 3 FAG den Fall, dass die Einnahmemöglichkeiten von Kommunen zur Erfüllung ihrer unabweisbaren Ausgabeverpflichtungen nicht ausreichen. Damit umschreibt § 17 Abs. 1 Satz 3 FAG einen besonders eng gefassten Extremfall der Notlage im Haushalt. Die Haushaltsnotlage besteht in diesem Fall also, obwohl sich die Kommune selbst strenger Einschränkungen unterworfen hat, als sie für einen Ausgleich von Haushaltsfehlbeträgen gemäß Nummer 2.1.1.1 erforderlich wären. Für das Vorliegen dieser Fallgruppe reicht es nicht aus, die Einnahmen einer Kommune ihre Ausgaben nicht abdecken. Die Kommune, die sich auf diesen Fall der Gewährung von Mitteln aus dem Ausgleichsstab berufen will, muss vielmehr nachweisen, nicht über die Einnahmemöglichkeiten zu verfügen, die zur Erfüllung ihrer unabweisbaren Ausgabeverpflichtungen erforderlich sind. Während beim Ausgleich von Haushaltsfehlbeträgen (Nummer 2.1.1.1) auch Zumutbarkeitsaspekte berücksichtigt werden, ist hier der Nachweis erforderlich, dass die gesetzlich definierten Voraussetzungen tatsächlich in vollem Umfang erfüllt sind. Die Anforderungen gehen somit weit über die Erfüllung der in Nummer 2.1.1.1.5 genannten Anforderungen hinaus.

Unter den in § 17 Abs. 1 Satz 3 FAG genannten Aus- gabeverpflichtungen sind aufgrund der Einführung der Dop- pikel Auszahlungsverpflichtungen zu verstehen. Von diesem Begriff werden nur Auszahlungen umfasst, zu denen die Gemeinde rechtlich verpflichtet ist oder denen sie sich zur Abwehr eines erheblichen Schadens nicht entziehen kann. Unabwendbarkeit liegt vor, wenn Auszahlungen und Auf- wendungen aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen geleistet werden müssen und zeitlich nicht aufgeschoben werden können.


2.1.2.2 Rechtsfolge


Macht die Höhe der im Ausgleichsstab vorhandenen Mittel eine Priorisierung der Bewilligungen notwendig, genießen die Bedarfszuweisungen aus diesem Grund in der Regel Vorrang vor Bewilligungen aus anderen Gründen.

2.2 Milderung oder Ausgleich von außergewöhnlichen Belastungen (§ 17 Abs. 1 Satz 2 1. Alt. FAG – zweite Fallgruppe)

2.2.2 Voraussetzungen

2.2.1 Allgemeine Voraussetzungen

Der im FAG nicht näher definierte Begriff der außerge- wöhnlichen Belastung ist unter Rückgriff auf die Ver- wendung dieses Begriffs in anderen Gesetzen (z. B. § 33 Einkommensteuergesetz, ESTG, § 27 Schwerbehinderten- Ausgleischabgabenerverordnung) auszulegen (LVerfG LSA,
Urteil vom 26. 11. 2014 – LVG 10/13, S. 19 f.). Eine außergewöhnliche Belastung ist dadurch gekennzeichnet, dass einem Pflichtigen immer dann, wenn er zwangsläufig größere Aufwendungen als die überwiegende Mehrzahl der Pflichtigen gleicher Einkommensverhältnisse und gleicher Vermögensverhältnisse erbringen muss, der Teil der Aufwendungen erlaubt wird, der die dem Pflichtigen zurumbare Belastung übersteigt (§ 33 Abs. 1 ESTG). Aufwendungen erwachsen dem Pflichtigen nur zwangsläufig, wenn er sich ihnen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann. Das ist der Fall, wenn die Gründe der Zwangsläufigkeit derart von außen auf die Entscheidung des Pflichtigen einwirken, dass er ihnen nicht ausweichen kann, er also tatsächlich keine Entscheidungsfreiheit hat, bestimmte Aufwendungen vorzunehmen oder zu unterlassen. Liegt eine maßgeblich vom menschlichen Willen beeinflusste Situation vor, so handelt es sich dagegen um keine Zwangslage in diesem Sinne von § 33 Abs. 1 ESTG.

Eine außergewöhnliche Belastung in diesem Sinne kann sich beispielsweise im Rahmen einer Gebietsänderung aus der gesetzlichen Zuordnung einer weit überdurchschnittlich verschuldeten Kommune ergeben, da die aufnehmende Kommune keine Möglichkeit hat, sich den negativen Wirkungen der Rechtsnachfolge zu entziehen.

Zuweisungen nach § 17 Abs. 1 Satz 1 FAG können Kommunen im Einzelfall zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungen gewährt werden. Es muss sich um Belastungen handeln, denen sich die Kommune im Rahmen der Wahrnehmung von Pflichtaufgaben nicht entziehen kann, die unverhältnismäßig sind und deutlich über das übliche Maß hinausgehen, sowie bei der überwiegend Mehrheit der Kommunen nicht vorhanden sind und nicht aus eigenen Kräften überwunden werden können.


Keine außergewöhnlichen Belastungen stellen darüber hinaus die Verpflichtung zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen, der Schuldendienst aus Kreditaufnahmen sowie Belastungen, die sich aus Vorliegen des Grundsatzes einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung ergeben, dar. Auch die Verpflichtung einer Kommune zur Gewerbesteuerzuschuldung stellt grundsätzlich keine außergewöhnliche Belastung dar, da das Finanzausgleichsgesetz hier ausdrückliche Regelungen für die Form des Ausgleichs getroffen hat; der Zeitverzug bis zum Ausgleich kann allerdings eine besondere Härte begründen (siehe Nummer 2.3.1).

2.2.1.2 Zuweisungen im Fall von Naturkatastrophen


2.2.2 Rechtsfolge

Liegen die Voraussetzungen vor, können eine Bedarfszuweisung oder Liquiditätshilfen gewährt werden. Ihre Höhe richtet sich im Einzelfall nach den errechneten unabweisbaren Bedarf als auch nach der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Ein Anspruch auf Sicherstellung des gesamten unabweisbaren Bedarfs besteht nicht.

2.3 Vermeidung besonderer Härten bei der Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes (§ 17 Abs. 1 Satz 4 FAG – dritte Fallgruppe)

§ 17 Abs. 1 Satz 4 FAG fordert, dass die besondere Härte gerade beim Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes eintreten muss, Härten beim Vollzug anderer Gesetze werden dagegen von dieser Vorschrift nicht umfasst. Der im Finanzausgleichsgesetz nicht näher definierte Begriff der besonderen Härte dient der Vermeidung unzumutbarer Belastungen (vergl. LVR5G LSA, Urteil vom 26. 11. 2014 – LVG 10/13 –, S. 20). § 17 Abs. 1 Satz 4 FAG ermöglicht es, den vom Finanzausgleichsgesetz nicht erfassten Ausnahmefällen und Grenzfallen Situationen Rechnung tragen zu können. Eine besondere Härte kann sich insbesondere bei einem Einbruch der Gewerbesteuererleihnahme aus dem Zeitverzug bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen ergeben (siehe 2.3.3) oder bei Gesetzesänderungen, durch die die finanziellen Leistungen des FAG an geänderte Kriterien geknüpft werden (siehe 2.3.2).

2.3.1 Besondere Härten bei der Durchführung des Finanzausgleichs durch den Zeitverzug bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen (dritte Fallgruppe, erste Untergruppe)


2.3.1.1 Voraussetzungen

Die antragstellende Kommune hat nachzuweisen, dass der Liquiditätsengpass durch den verzögerten Ausgleich über die Schlüsselzuweisungen ein Ausmaß angenommen hat, das sie auch bei wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung und vorausschauender Planung mit den ihr
zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr bewältigen kann. Die Kommune hat insbesondere zu belegen, dass sie ihrer gesetzlichen Verpflichtung (§ 98 Abs. 4 KVG LSA, § 21 KommHVO LSA) nachgekommen ist, finanzielle Schwankungen durch eine angemessene Liquiditätsvor- sorge aufzufangen, wofür ihr insbesondere das Instrument des Liquiditätskredits (§ 110 KVG LSA) zur Verfügung steht.

Die Kommune hat auch nachzuweisen, dass sie zur Sicherstellung der Liquidität nicht unabweisbare Auszahlungen vorschoben hat.

Hierzu hat sie folgende Unterlagen vorzulegen:

a) eine Liquiditätsplanung, die einen Zeitraum von einem Jahr umfasst,

b) einen Nachweis über vorhandene Liquiditätsreserven,

c) eine Auflistung über die wesentlichen Auszahlungen, die nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden können einschließlich einer Begründung hierzu, wobei die Detailherkunft der erforderlichen Angaben jeweils im Einzelfall abzustimmen ist,

d) den aktuellen Haushaltsplan gemäß § 1 KommHVO einschließlich aller Anlagen und der kommunalaufsichtlichen Verfügung,

e) gegebenenfalls die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung (§ 8 KommHVO) für das laufende Jahr sowie die darüber hinausgehenden fünf Jahre des Konsolidierungszeitraumes und

f) die Stellungnahme der Kommunalaufsicht.

2.3.1.2 Rechtsfolge

Liegen die in Nummer 2.3.1.1 genannten Voraussetzungen vor, kann eine kurzfristige Liquiditätshilfe zur Überbrückung des Engpasses geleistet werden. Es ist ein fester Endtermin für die Rückzahlung vorzusehen. In der Regel soll dieser Termin so gewählt werden, dass die Rückzahlung spätestens dann erfolgen muss, wenn im überrnächsten Jahr nach dem Einbruch bei den Bemessungsgrundlagen die Kompensationswirkung durch das Finanzausgleichsgesetz eintritt. Eine Verlängerung über diesen Termin hinaus ist regelmäßig nicht möglich.


Trifft das Finanzausgleichsgesetz eine Regelung, in welcher Höhe das zum Liquiditätsengpass führende Ereignis (z. B. die Gewerbesteuerrückzahlung) auszugleichen ist, wird eine Liquiditätshilfe in der Regel nur maximal in Höhe des später zu erwartenden Ausgleichs geleistet.

2.3.2 Besondere Härten bei der Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes durch Gesetzesänderungen (dritte Fallgruppe, zweite Untergruppe)

2.3.2.1 Voraussetzungen

Die Kommunen haben nach ständiger Rechtsprechung keinen Anspruch darauf, dass eine für sie günstige Rechtslage bezüglich des Finanzausgleichs künftig fortbesteht. Dennoch können sich im Zusammenhang mit Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes besondere Härten erge- ben, insbesondere bei geänderter Ankündigung an bestimmte Sachverhalte (z. B. Bemessungsjahr). Mit der Zahlung soll gewährleistet werden, dass sich die Kommunen auf die geänderten Rahmenbedingungen im Finanzausgleichsgesetz innerhalb eines Übergangszeitraumes einstellen können.

In diesem Fall ist darüber zu entscheiden, ob und wie weit ein Ausgleich durch Zahlungen aus dem Ausgleichsbetrag zu erreichen ist. Dabei ist zu beachten, dass hierfür nicht jedwede Härte ausreicht, sondern eine besondere Härte vorliegen muss. Die Beeinträchtigung durch die Gesetzesänderung muss also eine Erheblichkeitswelle überschreiten. Dies betrifft sowohl den absoluten Betrag pro Einwohner als auch die Erheblichkeit dieses Betrages im Verhältnis zur Finanzsituation der jeweiligen Kommune, die vor allem durch die Steuerkraft pro Einwohner charakterisiert wird. In der Regel wird auch ein vollständiger Ausgleich vorgesehen sein, sondern nur ein teilweiser Ausgleich, so dass die besondere Härte soweit abgemildert wird, dass noch eine einfache Härte verbleibt.

2.3.2.2 Rechtsfolge

Zuweisungen nach § 17 Abs. 1 Satz 3 FAG werden grundsätzlich als Bedarfszuweisungen bewilligt. Die Höhe der Zuweisung richtet sich im Einzelfall sowohl nach den Belastungen infolge der Härte als auch nach den zur Verfügung stehenden Mitteln. Die finanzielle Situation der Kommune sowie ihr eigenes Konsolidierungspotential können berücksichtigt werden.

3. Art, Umfang und Höhe der Zuweisung


Reichen die vorhandenen Haushaltsmittel nicht für alle begründeten Anträge aus, ist zu prüfen, inwieweit durch die Nichtverlängerung auslaufender weniger dringliche Liquiditätshilfen an andere Kommunen die erforderlichen Mittel aufgebracht werden können. Die Bereitstellung der Mittel für Kommunen, deren Einnahmemöglichkeiten zur Erfüllung ihrer unabweisbaren Ausgaben nicht ausreichen (Nummer 2.1.2), hat in der Regel Vorrang vor anderen Zuweisungen.
3.1 Bedarfszuweisungen

3.1.1 Allgemeines

Die Bedarfszuweisungen werden als nichtrückzahlbare Zuweisungen bewilligt.

3.1.2 Höhe der Bedarfszuweisung

Ziel der Bedarfszuweisung auf eine Konsolidierung des Haushalts der empfangenden Kommune ab, ist ihre Höhe grundsätzlich so zu bemessen, dass bei zunutzbarem Ausschöpfung aller Konsolidierungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der bestehenden Zahlungsverpflichtungen das im Haushaltskonsolidierungskonzept festgelegte Konsolidierungsziel im entsprechenden Konsolidierungsszeitraum (§ 100 Abs. 3 KVG LSA) zu erreichen ist. Das Verhältnis von Bemessungsgrundlage und Zuweisung (Deckungsquote) aus dem Ausgleichsstock wird nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie den Bedürfnissen des Einzelfalles bestimmt, soll jedoch 90 v. H. der jeweiligen Bemessungsgrundlage nicht übersteigen. Dies gilt nicht für den Fall der Haushaltsonnage, wenn die Einnahmemöglichkeiten zur Erfüllung der unabwendbaren Aufgaben nicht ausreichen (vergleiche Nummer 2.1.2.2).

3.1.3 Erfassung im Haushalt der Kommune

Nicht rückzahlbare Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock werden unter dem Konto 4121 als Ertrag in der Ergebnisrechnung und unter dem Konto 6121 als Einzahlung in der Finanzrechnung verbucht, Soweit die nicht rückzahlbaren Zuweisungen wegen der Verrechnung mit einer zuvor gewährten Liquiditätshilfe nicht zahlungswirksam sind, ist anstelle des Kontos 4121 das Konto 4122 zu verwenden.

3.2 Liquiditätshilfen

3.2.1 Allgemeines


3.2.1.1 Termin der Antragstellung

Anträge auf Liquiditätshilfe sollen gestellt werden, so bald sich der drohende Liquiditätsengpass abzeichnet.

3.2.1.2 Vorzulegende Unterlagen


3.2.1.3 Erfassung im Haushalt der Kommune


3.2.1.4 Verlängerung von Liquiditätshilfen

Eine Verlängerung der Befristung soll mindestens zwei Monate vor deren Auslaufen beantragt werden. Dem Verlängerungsantrag soll zu entnehmen sein, dass die Liquiditätsempfang fortbesteht und dass den Nebenbestimmungen aus dem Ursprungsbescheid entsprochen wurde.

3.2.2 Liquiditätshilfen im Vorgriff auf die künftige Gewährung einer Bedarfszuweisung

Fehlen für die Gewährung einer Bedarfszuweisung zwar noch einzelne Voraussetzungen, kann deren Schaffung aber durch verwaltungsrechtliche Nebenbestimmungen sichergestellt werden, kommt unter den in Nummer 2.1.1.2 genannten Bedingungen die Gewährung einer Liquiditätshilfe in Betracht.

Neben der Darlegung des Liquiditätsempfangs soll die Kommune in ihrem Antrag erklären, wann die Liquiditätsprobleme erstmals erkannt wurden, wobei deren Ursachen zu sehen sind und welche gegensteuernden Maßnahmen bisher ergriffen wurden. Liegt ein durch die Kommunalaufsicht beanstandetes oder gar kein Haushaltskonsolidierungskonzept vor, ist darzulegen, warum trotz bestehender Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung bisher von der Erstellung oder Überarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes abgesehen wurde. Sollte die Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes gemäß § 100 Abs. 3 KVG LSA nicht erforderlich sein, hat die Kommune eine Planung, die sich ausschließlich auf liquiditätswirksame Maßnahmen zur Verbesserung des Finanzhaushaltes bezieht, aufzustellen und vorzulegen. Die Kommune hat dazu sämtliche in Betracht kommende Maßnahmen tabellarisch darzustellen und die gebotenen Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen. Zu den Erklärungen der Kommune ist die Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (vergleiche Nummer 4.3) vorzulegen.

3.2.3 Kurzfristige Liquiditätshilfen

Zur Überbrückung unvorhergesehener Zahlungsschwierigkeiten kann Kommunen eine kurzfristige Liquiditätshilfe gewährt werden, sofern die termingerechte Rückzahlung gewährleistet ist (vergleiche Nummer 2.3.1).

Der Antragsteller soll bereits im Antrag darlegen, wann er die Rückzahlung (gegebenenfalls in Raten) leisten kann. Da kurzfristige Liquiditätshilfen auch für bei langfristiger Betrachtung leistungsfähige Kommunen in Betracht kommen, kann es hier ermessenssensreich sein, auf Nebenbestimmungen der Haushaltskonsolidierung zurück zu verweisen, wenn die Kommunalaufsicht bestätigt, dass die termin gerechte Rückzahlung auch in diesem Fall gesichert ist. Kurzfristige Liquiditätshilfen unter erleichterten Nebenbestimmungen sind grundsätzlich auf einen Zeitraum von

4. Festlegungen zum Verfahren

4.1 Bewilligungsbehörde

Bewilligungsbehörde ist das Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt.

4.2 Antragstellung und Mitwirkungspflichten der Kommune

Leistungen aus dem Ausgleichsstock können nur auf Antrag gewährt werden (§ 17 Abs. 2 Satz 1 FAG). Anträge der Kommunen sind über die zuständige Kommunalaufsicht und das Landesverwaltungsamt an der Bewilligungsbehörde einzureichen.


4.3 Stellungnahme der Kommunalaufsicht

Die Kommunalaufsicht prüft die Voraussetzungen der beantragten Leistung zum Stichtag der Antragstellung der Kommune vorab rechtsaufsichtlich und gibt entsprechend dem Vordruck zum Prüvermerk (Anlage 3) eine Stellungnahme dazu ab.

Der Landkreis nimmt auch zu eigenen Maßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Gemeinde Stellung. Gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 KVG LSA unterstützen die Landkreise die ihnen angehörenden Gemeinden und Verbandsgemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und sorgen für einen angemessenen Ausgleich der gemeindlichen Lasten. Die Unterstützung kann in einer Stundung der Kreisumlage bestehen, soweit die eigene Zahlungsfähigkeit des Landkreises nach § 98 Abs. 4 KVG LSA sichergestellt ist.


Das Landesverwaltungsamt hat dazu Stellung zu nehmen, ob und in welcher Form die Landkreise ihre Aufgabe gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 KVG LSA wahrgenommen haben. Sofern das Landesverwaltungsamt der Auffassung ist, dass durch die Höhe der Kreisumlage oder gegebenenfalls der Verbandsgemeindeumlage das absolute Minimum an Finanzausstattung der kreisangehörigen Gemeinden unterschritten sein könnte, nimmt es auch hierzu Stellung. Eine solche Stellungnahme ist immer angezeigt, wenn einer kreisangehörigen Gemeinde durch die Kumulation von Kreis- und Verbandsgemeindeumlage mehr als 90 v. H. der Bemessungsgrundlage entzogen werden, wobei allein der Überschreitung dieses Prozentsatzes keine Indizwirkung für eine Erδrosselungswirkung der Umlagesätze zukommt. Bei der Beurteilung ist auf die konkreten Verhältnisse einzugehen, z. B. auf den Umfang der Aufgabenübertragung auf die Verbandsgemeinde gemäß § 90 Abs. 3 KVG LSA.


4.4 Festsetzung

Die Zuweisung wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt. Soweit hiervon eine Vielzahl von Kommunen betroffen ist, kann auf ein pauschalisiertes Verfahren zurückgegriffen werden.

4.5 Nebenbestimmungen

Die Bewilligung der Leistung aus dem Ausgleichsstock kann mit Nebenbestimmungen versehen werden (§ 17 Abs. 3 Satz 2 FAG), insbesondere zu haushaltshöchstleitenden Maßnahmen. In der Regel ist ein Widerrufsverzicht vorzusehen für den Fall, dass eine Kommune Maßnahmen trifft, die im Widerspruch zum Ziel des begünstigenden Verwaltungsaktes stehen, also z. B. einer erfolgreichen Haushaltskonsolidierung zuwiderlaufen.

4.6 Auszahlung


5. Inkrafttreten, Außerkrafttreten


An die Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise
### Anlage 1
(zu Nummer 2.1.1.1.4.2 Abs. 1 Buchst. a)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Gemeindegrößenklasse</th>
<th>Höhe der Realsteuerhebesätze nach Nummer 2.1.1.1.4.2 Abs. 1 Buchst. a</th>
<th>Grundsteuer A</th>
<th>Grundsteuer B</th>
<th>Gewerbesteuer</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Kreisangehörige Gemeinden</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>0 bis 999 EW</td>
<td>313</td>
<td>351</td>
<td>348</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1 000 bis 2 999 EW</td>
<td>347</td>
<td>402</td>
<td>351</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3 000 bis 4 999 EW</td>
<td>373</td>
<td>416</td>
<td>357</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5 000 bis 9 999 EW</td>
<td>363</td>
<td>411</td>
<td>345</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>10 000 bis 19 999 EW</td>
<td>363</td>
<td>416</td>
<td>360</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>20 000 bis 49 999 EW</td>
<td>362</td>
<td>433</td>
<td>400</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kreisfreie Städte</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>50 000 bis 99 999 EW</td>
<td>300</td>
<td>510</td>
<td>475</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>200 000 bis 499 999 EW</td>
<td>300</td>
<td>547</td>
<td>475</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>


### Anlage 2
(zu Nummer 2.1.1.1.4.3 Buchst. d)

**Ermittlung des Anteils des Zuschussbedarfs für freiwillige Leistungen am Gesamtzuschussbedarf der kreisangehörigen Gemeinden**

Den Antragstellern wird eine Excel-Tabelle zur Berechnung des Anteils der freiwilligen Leistungen zur Verfügung gestellt. Es werden folgende Konten abgefragt:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Produktbereich</th>
<th>Produktgruppe freiwilliger eigener Wirkungskreis</th>
<th>pflichtige Produkte bzw. Produktgruppen des Produktbereichs</th>
<th>Beschreibung</th>
<th>Bemerkung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>11</td>
<td>111 teilweise</td>
<td>111 teilweise</td>
<td>Verwaltungssteuerung und Service</td>
<td>detaillierte Aufschlüsselung durch Antragsteller erforderlich, freiwillig z.B. Verfügungs mittel, Ehrengaben, Grußgeschenke, Städtepartnerschaften, Repräsentationsaufwendungen und Ehrungen, Gastlichkeit*</td>
</tr>
<tr>
<td>12</td>
<td>126 gegebenfalls an- teilig, 127, 128</td>
<td>126</td>
<td>Brandschutz (126)/Reitungs- dienst (127)/ Katastrophen- schutz (128)</td>
<td>Sofern 126 freiwillige Leistungen für die Pflege der Kameradschaft enthält, ist eine Aufschlüsselung erforderlich. 127, 128 Aufgabe der LK</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Förderschulen</td>
<td>Aufgabe der LK</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Berufsbildende Schulen</td>
<td>Aufgabe der LK</td>
</tr>
<tr>
<td>24</td>
<td>241, 242</td>
<td>243</td>
<td>Schülerbeförderung (241) Fördermaßnahmen für Schüler (242)</td>
<td>241 Aufgabe der LK</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Produktbereich</th>
<th>Produktgruppe freiwilliger eigener Wirkungskreis</th>
<th>pflichtige Produkte bzw. Produktgruppen des Produktbereichs</th>
<th>Beschreibung</th>
<th>Bemerkung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>25</td>
<td>251, 252, 253</td>
<td>-</td>
<td>Wissenschaft und Ausstellungen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>26</td>
<td>261, 262, 263</td>
<td>-</td>
<td>Kultureinrichtungen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>27</td>
<td>271, 272, 273</td>
<td>-</td>
<td>Volkssbildung</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>28</td>
<td>281</td>
<td>-</td>
<td>Heimat- und sonstige Kulturpflege</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>29</td>
<td>291</td>
<td>-</td>
<td>Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>31</td>
<td>311, 312, 313, 315</td>
<td>3117 und 315 jeweils nur anteilig</td>
<td>Sozialhilfe und soziale Leistungen</td>
<td>3117 (Leistungen der Sozialhilfe) 315 (Soziale Einrichtungen) Detaillierte Aufschlüsselungen durch Antragsteller erforderlich, da Aufgaben der LK</td>
</tr>
<tr>
<td>33</td>
<td>331</td>
<td>-</td>
<td>Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>34</td>
<td>341, 343, 344</td>
<td>345, 346</td>
<td>weitere soziale Leistungen</td>
<td>345 (Bundeskindergeld) 346 (Wohngeld)</td>
</tr>
<tr>
<td>35</td>
<td>351</td>
<td>-</td>
<td>Sonstige soziale Hilfen und Leistungen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>36</td>
<td>361, 362, 363, 366, 367</td>
<td>365</td>
<td>Kinder-, Jugend- und Familienhilfe</td>
<td>365 (Tageseinrichtungen für Kinder)</td>
</tr>
<tr>
<td>41</td>
<td>411, 412, 414, 418</td>
<td>-</td>
<td>Gesundheitsdienste</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>42</td>
<td>421, 424 (teilweise)</td>
<td>424 (teilweise)</td>
<td>Sportförderung</td>
<td>424 pflichtig, soweit Bereitstellung für Schulsport</td>
</tr>
<tr>
<td>52</td>
<td>522, 523 (50%)</td>
<td>521, 523 (50%)</td>
<td>Bauen und Wohnen</td>
<td>521 (Bau- und Grundstücksordnung) 523 (Denkmalschutz- und pflege), sollte eine höhere Quote der pflichtigen Aufgaben anerkannt werden, ist eine detaillierte Aufschlüsselung vom Antragsteller erforderlich</td>
</tr>
<tr>
<td>53</td>
<td>531, 532, 534, 535</td>
<td>533, 537, 538</td>
<td>Ver- und Entsorgung</td>
<td>533 (Wasserversorgung) 537 (Abfallwirtschaft) 538 (Abwasserbeseitigung)</td>
</tr>
<tr>
<td>54</td>
<td>542 (anteilig), 543 (anteilig), 545 (anteilig), 546, 547, 548</td>
<td>541, 542 (anteilig), 543 (anteilig), 544, 545 (anteilig)</td>
<td>Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV</td>
<td>541 (Gemeindestraßen); 542 (Kreisstraßen) und 543 (Landesstraßen) pflichtig für die Gehwege, Parkplätze und Entwässerungsanlagen der Ortsdurchfahrten (§ 42 Abs. 2 und 5 StrG LSA); Bepflanzung des Straßenkörpers ist gemäß § 27 StrG LSA Teil der Straßenbaulast, 544 (Bundesstraßen) 545 (Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung); Detaillierte Aufschlüsselungen durch Antragsteller erforderlich, Straßenbeleuchtung ist grundsätzlich freiwillig und nur pflichtig, soweit sie zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht erforderlich ist (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 StrG LSA).</td>
</tr>
</tbody>
</table>

** Im Einzelfall kann bei einer angestrahlten Wohnraumsituation aus sozialpolitischen Gründen auf eine Anrechnung des Aufwands für kommunale Wohnungsbauunternehmen verzichtet werden.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Produkt-</th>
<th>Produktgruppe</th>
<th>pflichtige Produkte</th>
<th>Beschreibung</th>
<th>Bemerkung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>bereich</td>
<td>freiwilliger, eigener Wirkungskreis</td>
<td></td>
<td>Natur- und Landschaftspflege</td>
<td>552 (öffentliche Gewässer, Wasserbauliche Anlagen)</td>
</tr>
<tr>
<td>55</td>
<td>551, 555</td>
<td>552, 553, 554</td>
<td></td>
<td>553 (Friedhofs- und Bestattungswochen)</td>
</tr>
<tr>
<td>57</td>
<td>571, 573, 575</td>
<td></td>
<td>Wirtschaft und Tourismus</td>
<td>554 (Naturschutz und Landschaftspflege)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Für kreisfreie Städte und Landkreise stellt das Ministerium der Finanzen im Bedarfsfall eine an die abweichenden Zuständigkeiten angepasste Tabelle zur Ermittlung des Anteils des Zuschussbedarfs für freiwillige Leistungen zur Verfügung.

Für die Ermittlung des gesamten Zuschussbedarfs IV der Gemeinde ist folgendes Schema zu verwenden:

Zuschussbedarf IV = Auszahlungen laufende Rechnung minus direkt zuzuordnende Einzahlungen laufende Rechnung (ohne Steuern und Leistungen des Landes im Finanzausgleichsgesetz und außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes).

Die Summe der Auszahlungen ergeben sich aus der Summe der Kontenbereiche 70 bis 75 abzüglich folgender Konten:

7311 (Zuweisungen an das Land)

7321 (Schuldendiensthilfen an das Land)
7341 (Gewerbesteuernumlage)
7351 (allgemeine Zuweisungen an das Land)
7371 (allgemeine Umlagen an das Land)
7451 (Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an das Land)
7511 (Zinsauszahlungen an das Land)

Die Summe der Auszahlungen ergeben sich aus der Summe der Kontenbereiche 62 bis 68 sowie der Kontengruppen 614 (Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke)
618 (allgemeine Umlagen von Gemeinden [Konto: 6182])
619 (Aufgabenbezogene Leistungsbeihilfungen [Konten: 6191, 6192, 6193])

abzüglich folgender Konten:

6141 (Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land)
6231 (Schuldendiensthilfen vom Land)
6481 (Einzahlungen aus Kostenerstattungen vom Land)
6611 (Zinseinzahlungen vom Land)

Anlage 3
(zu Nummer 4.3 Abs. 1)

Prüfvermerk der Kommunalaufsicht des Landkreises zu Anträgen einer kreisangehörigen Gemeinde auf Ausgleich von Haushaltsfehlbeträgen

Zur Erläuterung der einzelnen Fragen wird auf die jeweils angegebenen Nummern des Erlasses verwiesen.

Zu Nummer 2.1.1.1.4.2: Einzahlungs- und Ertragsverbesserungen

a) Grundsteuer und Gewerbesteuer

Voraussetzung: Hebesätze entsprechen mindestens der laut Anlage 1 zum Erlass geforderten Höhe

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Realsteuerhebesatz der antragstellenden Kommune</th>
<th>Geforderter Realsteuerhebesatz laut Anlage 1</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Grundsteuer A</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Grundsteuer B</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gewerbesteuer</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Prüfergebnis: Voraussetzung ☐ erfüllt ☐ nicht erfüllt

b) Leitungsgebundene Einrichtungen der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Voraussetzung: Maximaler gesetzlich zulässiger Kostendeckungsdeckungsgrad für öffentliche Einrichtungen der Wasser- und Abwasserentsorgung
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung ☐ erfüllt ☐ nicht erfüllt ☐ nicht zuständig

c) Bestattungswesen

Voraussetzung: Kostendeckende Kalkulation der Gebühren unter Herausrechnung der allgemeinen Erholungsflächen.
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung ☐ erfüllt ☐ nicht erfüllt

d) Pflichtige kostenrechnende Einrichtungen

Voraussetzung: Kostendeckende Kalkulation von Verwaltungsgebühren (§ 4 KAG LSA), Benutzungsgebühren (§ 5 KAG LSA) und Beiträgen (§ 6 KAG LSA).
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung ☐ erfüllt ☐ nicht erfüllt

e) Öffentliche Einrichtungen im freiwilligen Bereich.

Voraussetzung: Kostendeckende Kalkulation von Benutzungsgebühren und Entgelten bei öffentlichen Einrichtungen im Bereich des freiwilligen Wirkungskreises. Falls keine Kostendeckung erzielt wird, sind die rechtlichen und sachlichen Gründe hierfür zu erläutern.
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung ☐ erfüllt ☐ nicht erfüllt

f) Gebührenstatbestände

Voraussetzung: Einführung der gesetzlich zulässigen Gebührenstatbestände, soweit nicht ihre Unwirtschaftlichkeit belegt werden kann; Ausweitung bestehender Gebührenstatbestände (z. B. Parkgebühren, Straßenreinigungsgebühren, Sondernutzungsgebühren).
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung ☐ erfüllt ☐ nicht erfüllt

g) Örtliche Steuern

Voraussetzung: Erhöhung oder Einführung neuer örtlicher Steuern (z. B. Hundefesteuer, Vergnügungssteuer, Zweitwohnungssteuer), soweit wirtschaftlich.
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung □ erfüllt □ nicht erfüllt

h) Eintrittspreise für Veranstaltungen

Voraussetzung: Erhöhung der Eintrittspreise für Veranstaltungen der Kommune, soweit nicht bereits kostendeckend.
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung □ erfüllt □ nicht erfüllt □ keine kommunalen Veranstaltungen

Zu Nummer 2.1.1.1.4.3 Auszahlungs- und Aufwandsreduzierungen

a) Personalaufwand

Voraussetzung:

Erstellung einer Übersicht von Personalkosten.
Sachstand:
Personalentwicklungskonzept aus dem Jahr ....... liegt vor.
Stellenbestand in der Kernverwaltung beträgt ...... VzÄ (davon: ...... mit kw-Vermerk)
Stellenbestand in der Kernverwaltung pro 1 000 EW = .........
Bauhof: ......VzÄ, davon ... mit kw-Vermerk (tatsächlich beschäftigte Mitarbeiter, nicht Zahl der ausgewiesenen Stellen)
Auswertung Haushaltskennzahlensystem (HKS):
Zusammenfassende Beurteilung, ob der Personalaufwand auf das vertretbare Minimum reduziert wurde:

Prüfergebnis: Voraussetzung □ erfüllt □ nicht erfüllt

b) Schuldendienst

Voraussetzungen:
Vorlage einer Übersicht über die Höhe der Verschuldung nebst Zinsen
STARK II: Förderhöchstbetrag: ............
davon in Anspruch genommen: .......... bisheriger Tilgungszuschuss ..........
weitere beantragte Umschuldungen .......... weiterer Tilgungszuschuss ..........
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung □ erfüllt □ nicht erfüllt

c) Umlagen

Höhe der Kreisumlage: ...... v. H.
gegebenenfalls Höhe der Verbandsgemeindeumlage: ...... v. H.
(beides bei gesplitteten Hebesätzen gegebenenfalls aufschlüsseln)

Voraussetzung:
Erfolgte eine Überprüfung, inwieweit die Höhe die zu zahlenden Umlagen (insbesondere an Zweckverbände) reduziert werden können?
Insbesondere bei Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden auch Stellungnahme zu der Frage, ob durch die Kumulation von Kreisumlage und Verbandsgemeindeumlage das absolute Minimum an Finanzausstattung der kreisangehörigen Gemeinde unterschritten wird, vergleiche Nummer 4.3.

Sachstand:

Prüfergebnis bezüglich der Umlagezahlung an Zweckverbände:
Voraussetzung: □ erfüllt □ nicht erfüllt □ es werden keine Umlagen an Zweckverbände gezahlt

d) Freiwillige Leistungen

Voraussetzung:
Haushaltsjahr 20__

<table>
<thead>
<tr>
<th>Produktbereich</th>
<th>Produktgruppe freiwilliger eigener Wirkungskreis (vollständig oder anteilig)</th>
<th>(anteilige) Zuschuss-höhe für freiwillige Leistungen in €</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>11</td>
<td>111</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>12</td>
<td>126, 127, 128</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>22</td>
<td>221</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>23</td>
<td>231</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>24</td>
<td>241, 242</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>25</td>
<td>251, 252, 253</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>26</td>
<td>261, 262, 263</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>27</td>
<td>271, 272, 273</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>28</td>
<td>281</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>29</td>
<td>291</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>31</td>
<td>311, 312, 313, 315</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>33</td>
<td>331</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>34</td>
<td>341, 343, 344</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>35</td>
<td>351</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>36</td>
<td>361, 362, 363, 366, 367</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>41</td>
<td>411, 412, 414, 418</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>42</td>
<td>421, 424</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>52</td>
<td>522, 523 (50%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>53</td>
<td>531, 532, 534, 535</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>54</td>
<td>542, 543, 545, 546, 547, 548</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>55</td>
<td>551, 555</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>57</td>
<td>571, 573, 575</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die Tabelle ist gegebenenfalls zu ergänzen, soweit in anderen als den vorgegebenen Produktgruppen ebenfalls freiwillige Anteile enthalten sind. Soweit freiwillige Aufgaben durch Ausgliederungen der Stadt wahrgenommen werden, bitte gesondert aufführen.

Bei Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden: In welchem Umfang werden Aufgaben gemäß § 90 Abs. 1 Nr. 3 KVG LSA durch die Verbandsgemeinde wahrgenommen? Sind freiwillige Aufgaben gemäß § 90 Abs. 3 KVG LSA auf die Verbandsgemeinde übertragen worden? Bitte gegebenenfalls Höhe der Kosten mitteilen.
Summe des Zuschussbedarfs für freiwillige Leistungen einschließlich Straßenbeleuchtung: ....... Euro, ohne Straßenbeleuchtung: ....... Euro
Summe des gesamten Zuschussbedarfs: ........ Euro
Prozentualer Anteil des Zuschussbedarfs für freiwillige Leistungen am gesamten Zuschussbedarf: .... v. H. einschließlich Straßenbeleuchtung, .... v. H. ohne Straßenbeleuchtung

Nachrichtlich:
Auszahlungen insgesamt: ........ Euro, Verhältnis Zuschussbedarf einschließlich Straßenbeleuchtung zu Auszahlungen insgesamt: .... v. H.
Einzahlungen insgesamt: ........ Euro, Verhältnis Zuschussbedarf einschließlich Straßenbeleuchtung zu Einzahlungen insgesamt: .... v. H.

Prüfergebnis: Voraussetzung  □ erfüllt  □ nicht erfüllt

Bei Überschreitung des vorgesehenen Anteils Erläuterung der Ursachen:

.................................................................

e) Pflichtaufgaben
Voraussetzung:
Erfolgte die Überprüfung der Pflichtaufgaben auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit?
Vergleiche zu anderen Kommunen der gleichen Größenklasse anhand der Zuschussbedarfe in verschiedenen Einzelplänen oder den Produktgruppen.
Sachstand:

.................................................................

Prüfergebnis: Voraussetzung  □ erfüllt  □ nicht erfüllt

f) Investitionen
Voraussetzung:
Wurden im Bereich des eigenen Wirkungskreises nur unabweisbare oder haushaltssensibilisierende Investitionen vorgenommen?
Sachstand:

.................................................................

Prüfergebnis: Voraussetzung  □ erfüllt  □ nicht erfüllt

Zu Nummer 2.1.1.1.5.4 Sonstige Sorgfaltspflichten

a) Erträge
Voraussetzung:
Werden aus dem Beteiligungsvermögen für den Kommunalhaushalt die zu erzielenden Erträge ausgeschöpft?
Sachstand:

.................................................................

Prüfergebnis: Voraussetzung  □ erfüllt  □ nicht erfüllt
b) Immobilien

Voraussetzung:
Vorlage eines Auszugs aus der Eröffnungsbilanz mit allen Grundstücken, mit Ausnahme der als Verwaltungssitz, Schule oder Kindergarten genutzten Grundstücke.
Stellungnahme zur Veräußerbarkeit und Nachweis von Verkaufsbehörden.
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung □ erfüllt    □ nicht erfüllt

c) Demografie

Voraussetzung:
Erfolgte eine Anpassung der kommunalen Infrastruktur an die demographische Entwicklung?
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung □ erfüllt    □ nicht erfüllt

d) Forderungen

Voraussetzungen:
Aktives Forderungsmanagement durch Kommune. Vergleiche Forderungsübersicht, Muster 19 zu § 49 Abs. 2 KomHVO, Verbindliche Muster zur Haushaltspflege sowie Haushaltssystematik der Kommunen (RdErl. des MI vom 12. 12. 2016, MBl. LSA S. 689)
Sachstand:

Prüfergebnis: Voraussetzung □ erfüllt    □ nicht erfüllt

Voraussetzungen für die Gewährung von Liquiditätshilfen:
(Nur beim Beantragen von Liquiditätshilfen auszufüllen, entfällt bei Bedarfszuweisungen) Zeitpunkt Liquiditätsausfall:

Liquiditätsplanung: vom ............... bis ............... 
Liquiditätskredit II. Haushaltssatzung: ............ Euro (........ v. H. Einziehung laufende Verwaltungstätigkeit) 
Inanspruchnahme Liquiditätskredit I. H. v. ........ Euro 
Duldung Höchstbetrag Liquiditätskredit I. H. v. ........ Euro bis zum ............... laut Verfügung vom ............... 

Zusammenfassende Gesamteinschätzung der Kommunalaufsicht

Ort, Datum

Bearbeiter